

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 30	S0020/06	30.01.2006
zum/zur		
F0003/06		
Bezeichnung		
Stadt Magdeburg und EU-Dienstleistungsrichtlinie		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	07.02.2006	

Richtig ist, dass sich das Europäische Parlament zurzeit mit einem umfassenden Liberalisierungsvorhaben bezüglich der Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt beschäftigt. So soll am 14. Februar 2006 im Plenum des Europäischen Parlamentes zunächst der Gebhardt-Bericht diskutiert werden. Dieser ist der Stellungnahme wegen seines großen Umfangs nicht beigelegt, liegt aber in der Verwaltungsbibliothek zur Einsichtnahme aus.

Die Überlegungen der Parlamentarier sind aber noch nicht so weit ausgereift, dass konkrete Reaktionen auf die absehbare weitere Liberalisierung des Binnenmarktes geplant werden könnten.

Den Medien ist zu entnehmen, dass gerade die Auswirkungen des Herkunftslandprinzips sehr kontrovers diskutiert werden. In diese Diskussion brachte sich auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände ein, siehe anliegende Stellungnahme vom 17.01.2006.

Im Übrigen müsste eine EU-Richtlinie zunächst auch noch in nationales Recht transformiert werden.

Es ist also derzeit nicht möglich, irgendwelche konkreten Auswirkungen für die Landeshauptstadt Magdeburg zu prognostizieren.

Diese Stellungnahme ist abgestimmt mit Dezernat III, Frau Marxmeier (5402279).

Holger Platz

Anlage:

Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom 17.01.2006